

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Bundestagswahl 1998 ist eine Richtungswahl

Einstimmig bei einer Enthaltung hat am 21. April der Bundesvorstand der CDU das Votum des Parteipräsidiums vom 7. April bestätigt und den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, für die Spitzenkandidatur bei den Bundestagswahlen 1998 vorgeschlagen.

Der Bundeskanzler erklärte in der Sitzung, daß er auch das Vertrauensvotum des Bundesparteitags erbitten werde, der vom 12. bis 15. Oktober in Leipzig stattfindet.

Eine Richtungswahl hat Generalsekretär Peter Hintze die Bundestagswahl 1998 auf einer Pressekonzferenz im Anschluß an die Vorstandssitzung genannt, bei der der Koalition der Mitte ein Linksblock aus SPD und Grünen in einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit mit der PDS gegenüberstehen wird.

Aber es wird auch eine Entscheidung über die Reform- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands sein: darüber, ob die CDU den Kurs der Reformen und wichtiger Zu-

kunftsthemen fortsetzen kann oder der SPD-Blockadekurs weiter fortgesetzt wird.

Peter Hintze: „Die Bundestagswahlen 1998 werden schließlich eine Kanzlerentscheidung sein, für

Steuern/Koalition/SPD/
(Eil)

Steuerreformgespräche gescheitert
Bonn (dpa) - Die Steuerreformgespräche
zwischen Koalition und SPD sind am
Mittwoch gescheitert. 231012 Apr. 97
dpa wb fr rm

Erklärung des Generalsekretärs dazu: Seite 3

die wir mit der Nominierung von Helmut Kohl exzellent gerüstet sind.“

Zum Thema Steuerreform:

Zwei Tage vor dem erneuten Treffen der Spitzen von Koalition und Opposition warnte der Generalsekretär die SPD davor, Gesprächsangebote immer wieder mit neuen Tricks zu verbinden, um die Blockadeabsicht zu verschleiern.

Peter Hintze: „Wir möchten der Öffent-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

lichkeit deutlich sagen, daß Blockade kein Politikersatz ist und daß es jetzt um die Frage geht: ökonomische Vernunft oder ideologischer Zynismus.“

Der Generalsekretär unterstrich die Entschlossenheit der CDU, die große Steuerreform noch vor der Sommerpause zu verabschieden, und kündigte für den Fall weiterer Versuche der SPD, die Entscheidung hinauszuzögern, die unverzügliche Einbringung des Gesetzentwurfs noch in dieser Woche an.

Zum Thema EURO:

Der Bundeskanzler hat in der Bundesvorstandssitzung noch einmal bekräftigt:

- Der EURO kommt.
- Der EURO kommt mit Deutschland.
- Er kommt zu dem im Vertrag von Maastricht vorgesehenen Zeitpunkt,
- und er kommt unter strikter Einhaltung der Konvergenzkriterien.

Zum Thema Integration ausländischer Mitbürger:

Peter Hintze hat dem Bundesvorstand einen Zwischenbericht über die ersten Beratungen in der Kommission des Parteipräsidiums gegeben.

Wichtigstes Ergebnis der ersten Sitzung der Kommission: Die Frage der Integration ausländischer Mitbürger läßt sich nicht allein auf die Frage des Staatsangehörigkeitsrechts beschränken.

Peter Hintze: „Wir würden mit einer Beschränkung auf die Frage der Staatsangehörigkeit zu kurz springen und dem Thema nicht gerecht werden. Vor allem Bildung und Arbeitsmarkt, aber auch eine Reihe weiterer Fragen stehen in engem Zusammenhang mit der Integration und müssen noch beraten werden.“

Zwei klare Grundsatzentscheidungen sind allerdings getroffen worden:

- Wir können die Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürger nur dann

● Friedenspartnerschaft

Treffen Kohl – Jelzin in Baden-Baden. Einvernehmen in wichtigen Fragen. Seite 4

● Zum 1. Mai

Sechs falsche Behauptungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Seite 6–11

● Ausbildungsplätze

Reformkonzept für die berufliche Bildung beschlossen. Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers zuversichtlich über erneute Mobilisierung aller Kräfte. Seite 12–15

Ausbildungsziel 1997 im Osten erreichbar. Seite 16

Post übernimmt alle Auszu-

HEUTE AKTUELL

bildenden in unbefristete Beschäftigung. Seite 16

● Renten

Am 1. Juli 1997 Rentenanpassung in ganz Deutschland. Norbert Blüm: Der Aufholprozeß in den neuen Ländern setzt sich durch. Seite 17

● Umwelt

Die Länder sollen beim Hochwasserschutz ihren Pflichten nachkommen. Seite 18

● Brandenburg

Dürftige Halbzeitbilanz Stolpes. Seite 19

● Nordrhein-Westfalen

Rot-Grün will Religionsunterricht an den Schulen an den Rand drängen. Seite 20

● Nachruf

Trauer um Herbert Czaja. Seite 21

● Partnerschaften

Begegnungen zwischen alten und neuen Bundesländern auf der Ebene der CDU. Seite 22–26

● Dokumentation

Reformen für die Zukunft - Gesundheitswesen: Leistungsstark und bezahlbar. Zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung. Grüner Teil

erreichen, wenn wir den Zuzug begrenzen.

● Gesetzliche Regelungen, die den Zuzug nach Deutschland ausweiten, etwa ein Einwanderungsgesetz, kommen für die CDU nicht in Frage.

Peter Hintze: „Wir wollen die bei uns lebenden ausländischen Mitbürger integrieren und dabei auch der Frage nachgehen, welche Integrationsfunktion der deutschen Staatsbürgerschaft zukommt: Ist sie Ausdruck erfolgreicher Integration und muß deshalb am Ende des Prozesses stehen, oder ist sie ein Mittel, um Integration zu erzielen?

Unabhängig von der Antwort, die auf die-

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Koalition wird unbeirrt den Weg der Gesetzgebung gehen

Mit ihrer Blockadehaltung zur Steuerreform versündigen sich die Sozialdemokraten an den Arbeitslosen in Deutschland. Lafontaines Verweigerungsstrategie verhindert im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Steuersätze. Die Wählerinnen und Wähler in Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben es jetzt in der Hand, bei den kommenden Landtagswahlen die Blockade der Sozialdemokraten zu brechen. SPD-Ministerpräsidenten, die Deutschland die Steuerreform verweigern, gehören abgewählt. Die Koalition wird unbeirrt den Weg der Gesetzgebung gehen und den Diskussionsdruck in der Öffentlichkeit erhöhen.

se Frage gefunden wird, ist sich der Vorstand darüber einig: Die doppelte Staatsangehörigkeit ist keine Lösung. Wir halten am Prinzip der Einheit von Rechten und Pflichten in der Staatsbürgerschaft fest.“

Das Gutachten appelliert an die Vernunft der SPD

Zum Frühjahrsgutachten erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Renik:

Rechtzeitig vor dem neuen Steuergipfel hat das Frühjahrsgutachten einen klaren Appell an die SPD gerichtet: Weitere Hinhaltenmanöver in der Steuerpolitik fügen dem Wirtschaftsstandort nachhaltigen Schaden zu. Die Institute betonen, daß allein die Beseitigung der Unsicherheiten positive Auswirkungen auf das Investitionsklima hätte.

Zweifeln an der Europäischen Wirtschaft- und Währungsunion halten die

Institute ihre Einschätzung entgegen, daß der Zeitplan für den Beginn der Währungsunion eingehalten wird. Die institutionellen Vorkehrungen für eine hohe Stabilität des EURO werden als gut bezeichnet. Trotz verhaltener Prognose belegt das Gutachten die Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums mit einer deutlich über 2 Prozent liegenden Rate. Den Instituten zufolge festigt sich die im vergangenen Jahr in Gang gekommene konjunkturelle Erholung in diesem Jahr und hält über Jahresfrist an. Wie wichtig die consequente Fortsetzung des begonnenen Reformkurses ist, belegen vor allem die Schätzungen der Arbeitslosenzahlen. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage weiterhin angespannt.

Treffen Kohl - Jelzin in Baden-Baden

Einvernehmen in wichtigen Fragen

Der Vertrag über die Friedenspartnerschaft zwischen Rußland und der NATO kann am 27. Mai in Paris unterzeichnet werden. Davon zeigte sich der russische Präsident Boris Jelzin im Anschluß an ein rund vierstündiges Arbeitstreffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl am 17. April in Baden-Baden überzeugt. Und auch der Bundeskanzler äußerte zuversichtlich, daß der Pariser Gipfel zustande kommen werde, auch wenn bis dahin noch erhebliche Meinungsunterschiede Stück für Stück abgebaut werden müßten.

Ohne die Rolle des Dolmetschers spielen zu wollen, sicherte Helmut Kohl dem russischen Präsidenten Hilfe zu und unterstützt Jelzin bei den Fragen, die für Rußland besonders wichtig sind:

- was in erster Linie den verbindlichen Charakter des Konsultationsmechanismus betrifft, sowie die Regelung,
- nach der in den neu aufzunehmenden NATO-Mitgliedstaaten in Osteuropa weder atomare noch konventionelle NATO-Waffen aufgestellt werden sollen.

Über die ersten vier Kapitel des vorgesehenen Vertrages zwischen NATO und Rußland besteht Einigkeit. Nur das fünfte Kapitel muß noch überarbeitet werden. Helmut Kohl: „Wir sind uns praktisch über neunzig Prozent einig.“

Die Bereitschaft Jelzins zur Unterzeichnung des sicherheitspolitischen Abkommens am 27. Mai in Paris, noch bevor auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juli die Osterweiterung beschlossen wird, steht offenbar in Verbindung mit der Aufnahme Rußlands in die westliche Wirtschaftsgemeinschaft.

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Das will ich noch einmal ausdrücklich herausstellen: Das ist ein G-8-Gipfel in Denver.“ Jelzin hat darüber hinaus auch sein Interesse daran bekundet, noch in diesem Jahr in den Pariser Club, den Zusammenschluß der wichtigsten Gläubigerländer, aufgenommen zu werden.

Was die sogenannte „Beutekunst“, die von sowjetischen Truppen bei Kriegs-

Ein wichtiges Zeichen

Es gehört zum Geschick des Kanzlers, am Vorabend der NATO-Ausdehnung zu verkünden, daß Jelzin am nächsten G-8-Gipfel – der früher G-7-Gipfel hieß – in Amerika teilnehme. Die Mitgliedschaft Rußlands im Club der größten Industriestaaten der Welt, diese Nachricht will Kohl nach Moskau transportieren. Um zu signalisieren, daß die Großmacht Rußland anerkannter Faktor in der Weltpolitik bleibt. Ein wichtiges Zeichen für ein angeschlagenes Land, dessen Menschen mit großen Problemen leben.

Westdeutsche Allgemeine

de erbeuteten deutschen Kulturgüter, betrifft, bahnt sich eine Lösung an, obwohl mit einer Rückgabe von heute auf morgen nicht zu rechnen ist. Als Geste guten Willens hat Jelzin in elf Mappen wichtige Teile aus dem Archiv des ehemaligen deutschen Außenministers Walter Rathenau mitgebracht und offenbar auch sein Einverständnis damit signalisiert, daß eine von beiden Staaten getragene Kulturstiftung ins Leben gerufen wird. ■

Sechs falsche Behauptungen

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai

Der Deutsche Gewerkschaftsbund führt unter dem Motto „Es geht um's Ganze: Sozialstaat sichern – Arbeit schaffen – Soziale Gerechtigkeit verwirklichen“ eine Kampagne gegen die CDU-geführte Bundesregierung. Statt polemischer Attacken, sollten sich die Gewerkschaften – ebenso wie die SPD – auf den Weg machen und finanzierbare Antworten auf neue globale, soziale und ökologische Fragen geben.

Der Standort Deutschland hat gute Voraussetzungen: Eine erstklassige Infrastruktur, hochqualifizierte Arbeitnehmer mit einem weltweit anerkannten dualen Berufsausbildungssystem, eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem leistungsfähigen Mittelstand, hohe wirtschaftliche und soziale Stabilität. Der Standort Deutschland muß konsequent weiter modernisiert und fit für den Weg in das 21. Jahrhundert gemacht werden. Das Schlechtreden unseres Zukunftsstandorts Deutschland nutzt niemandem. Es gilt vielmehr, die Herausforderungen anzunehmen und konsequent zu handeln.

Die CDU bekennt sich ausdrücklich zur Konsensgesellschaft in Deutschland. Die Gewerkschaften sind – ebenso wie die Unternehmen – gefordert, ihren Beitrag zu leisten und Reformen zu unterstützen.

Die sechs falschen

Behauptungen

des Deutschen

Gewerkschaftsbundes:

Der DGB behauptet:

Das sogenannte Sparpaket habe viele Nachteile und keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen.

Richtig aber ist:

Die CDU handelt konsequent.

Die CDU-geführte Bundesregierung richtet ihre Politik an den Orientierungen aus, die im Bündnis für Arbeit am 23. Januar 1996 vereinbart wurden. Dies sind die Verbesserung der arbeitsplatzschaffenden Investitionen, die stärkere investitions- und beschäftigungsfördernde Gestaltung der Arbeitswelt, die Verstärkung der Impulse für Forschung und Innovation sowie für Bildung und Weiterbildung.

Im Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vom 30. Januar 1996 und im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vom 25. April 1996 hat die Bundesregierung ihren Beitrag geleistet. Die Programme sind im wesentlichen umgesetzt: zum Beispiel durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz, die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer, die steuerlichen Erleichterungen für Existenzgründer, das Gesetzespaket zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hierdurch wurden die Wachstumskräfte gestärkt, und Beschäftigungsimpulse werden erwartet. Nun gilt es, die große Steuerreform – als wichtigste Rahmenbedingung für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze – zügig umzusetzen. Gleiches gilt für die Reform der Rentenversicherung.

Neue Beschäftigungsfelder werden gefördert.

Der Dienstleistungssektor und die Informationstechnologie spielen eine Schlüsselrolle für mehr Beschäftigung und Einkommen. Neue Arbeitsplätze werden hauptsächlich im Bereich der sekundären Dienstleistungen – Forschung, Entwicklung, Organisation und Management – entstehen. Wenn sich der Beschäftigungszuwachs mit der gleichen Dynamik fortsetzt, können hier bis zum Jahr 2000 gut eine Million Menschen mehr beschäftigt werden. In der Informations- und Kommunikationstechnik können in Deutschland bis zum Jahr 2010 rund 160.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die notwendigen Rahmenbedingungen werden mit dem im Sommer 1997 zu verabschiedenden Informations- und Kommunikationsgesetz geschaffen.

20 Milliarden Mark für Investitionen.

Mit dem Konzept der CDU-geführten Bundesregierung für beschäftigungsfördernde Investitionen vom 18. März 1997 steht ein Kreditvolumen von 20 Milliarden Mark bereit, um privaten Investoren, Kommunen über Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und des ERP-Sondervermögens zusätzliche Chancen zu geben, ihre Investitionen durchzuführen. 40 Prozent dieser Mittel sind für die neuen Bundesländer reserviert, die übrigen Mittel können von West und Ost genutzt werden.

Einsparungen durch Lohnfortzahlung.

1997 werden nach jüngsten Schätzungen der Arbeitgeber durch die gesetzlichen Veränderungen der Lohnfortzahlung 15 bis 20 Milliarden Mark eingespart.

Weitere zehn Milliarden Mark ergeben sich aus der Nichtanrechnung von Überstunden, Überstundenzuschlägen sowie durch Abstriche am Weihnachts- und Urlaubsgeld. Durch die Einschränkung bei der Lohnfortzahlung sind außerdem seit dem 1. Oktober 1996 die Fehltagelöhne in den Betrieben um rund 20 Prozent gesunken. Die neue gesetzliche Grundlage hat also tarifvertragliche Veränderungen ermöglicht, die zu Kostenentlastungen für die Betriebe geführt haben.

Der DGB behauptet:

Die Regierungspolitik zerstöre den sozialen Frieden und gefährde den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Richtig aber ist:

Kein sozialer Fortschritt ohne die CDU.

Ohne die CDU gäbe es in Deutschland keinen sozialen Fortschritt. Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU ein festgefügttes soziales Netz geknüpft, das nun alle großen sozialen Herausforderungen abdeckt. Seit 1995 wurde die Sozialversicherung um einen weiteren wichtigen Knoten – die soziale Pflegeversicherung – verstärkt. Die finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit wurden mit Ausgaben von über zehn Milliarden Mark abgemildert. Über eine Million pflegebedürftige Menschen erhalten nun Hilfe. Für knapp 200.000 Pflegepersonen wurden Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet. Hier wird die Leistung von Frauen gewürdigt und für deren Altersabsicherung ein wichtiger Beitrag geleistet.

Alle großen Sozialgesetze wurden von der CDU gemacht:

- 1949 Kinderfreibeträge
- 1950 Bundesversorgungsgesetz
- 1950 Erstes Wohnungsbaugesetz
- 1951 Kündigungsschutzgesetz
- 1952 Lastenausgleichsgesetz
- 1952 Betriebsverfassungsgesetz
- 1954 Kindergeldgesetz
- 1955 Bundespersonalvertretungsgesetz
- 1956 Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 1956 Zweites Wohnungsbaugesetz
- 1957 Große Rentenreform
- 1957 Studentenförderung „Honnefer Modell“
- 1959 Mutterschutzgesetz
- 1961 Bundessozialhilfegesetz
- 1964 Neuregelung des Kindergeldes
- 1965 Wohngeldgesetz
- 1969 Arbeitsförderungsgesetz
- 1986 Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub
- 1988 Gesundheitsreformgesetz
- 1990 Kinder- und Jugendhilfegesetz
- 1992 Rentenreformgesetz
- 1993 Gesundheits-Strukturgesetz
- 1994 Pflegeversicherung
- 1996 Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand
- 1996 Reform des Sozialhilferechts
- 1996 Entsendegesetz („Gleicher Lohn am gleichen Arbeitsort“)
- 1996 Europäische Betriebsräte
- 1997 Reform des Arbeitsförderungsrechts

Dicht geknüpftes soziales Netz.

Das Netz der sozialen Sicherung in Deutschland ist dicht geknüpft. Der größte Knoten ist die Rentenversicherung mit gut 361 Milliarden Mark. Es folgen mit einigem Abstand die Krankenversicherung mit 240 Milliarden Mark, die Arbeitsförderung (inklusive der Zahlungen für Arbeitslose) mit 129,2 Milliarden Mark.

Das soziale Netz

Direkte Sozialleistungen in Deutschland 1995 insgesamt 1.101 Milliarden Mark (hinzu kommen noch indirekte Leistungen, z. B. steuerliche Maßnahmen in Höhe von 78 Milliarden Mark)

Rentenversicherung	361,1
Krankenversicherung	240,0
Arbeitsförderung	129,2
Beamtenpensionen	56,0
Lohn- und Gehaltsfortzahlung	55,2
Sozialhilfe	53,3
Jugendhilfe	29,2
Betriebliche Altersversorgung	24,1
Kindergeld	21,2
Unfallversicherung	20,0
Beihilfen für Beamte	14,1
Soziale Entschädigung (KOV)	14,0
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	13,6
Familienzuschläge für Beamte	13,0
Vermögensbildung	10,5
Pflegeversicherung	10,3
Erziehungsgeld	7,2
Altershilfe für Landwirte	6,2
Wohngeld	6,2
sonstige Arbeitgeberleistungen	4,6
Öffentlicher Gesundheitsdienst	3,4
Wiedergutmachung	3,0
Versorgungswerke	2,6
Ausbildungsförderung	1,9
Lastenausgleich, u.a.	
Entschädigungen	1,2

Nicht weniger wichtig für die Menschen sind die Leistungen der Sozial- (53,3 Milliarden Mark) oder Jugendhilfe (29,2 Milliarden Mark), das Kindergeld (21,2 Milliarden Mark), Wohngeld (6,2 Milliarden Mark) oder die Ausbildungsförderung (1,9 Milliarden Mark).

Sozialleistungen je Einwohner gestiegen.

Die Sozialleistungen je Einwohner stiegen von 1960 bis 1995 von 1.186 Mark auf durchschnittlich 14.441 Mark pro Jahr. 37,7 Prozent werden für den Schutz im Alter und der Hinterbliebenen sowie 34,8 Prozent für die Gesundheit ausgegeben. Damit lag die soziale Sicherung in Deutschland auf einem weltweit vorbild-

lich hohem Niveau. Hier von der Gefährdung des sozialen Friedens zu sprechen, widerspricht - wie die Faktoren belegen - der Wirklichkeit.

Seit 1992 stieg die Sozialleistungsquote in den alten Bundesländern wieder an. Verstärkt wurde dieser Trend durch die besonderen mit der Wiedervereinigung verbundenen Probleme. Es bestand 1995 dringender Handlungsbedarf, die Ausgabendynamik der Sozialleistungen abzuschwächen und die Wirtschaftskraft zu stärken. Die im vorigen Jahr eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen waren daher notwendig und zeigen: Die Politik der CDU-geführten Bundesregierung gibt Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Um international wettbewerbsfähig zu

Kosten der sozialen Sicherheit in Deutschland

1960 – 1995

	Leistungen in Milliarden DM	Sozialleistungsquote Deutschland			Ausgaben pro Einwohner in DM
		Deutschland	West	Ost	
1982	528,8	33,3			8.581
1983	538,4	32,3			8.766
1984	557,0	31,8			9.105
1985	578,6	31,7			9.482
1986	607,1	31,5			9.941
1987	633,2	31,8			10.368
1988	659,9	31,5			10.739
1989	677,5	30,5			10.917
1990*	737,4	29,5			
1991	889,1	31,2	28,9	60,2	11.116
1992	1.005,9	32,7	29,4	67,7	12.480
1993	1.063,5	33,7	30,5	62,4	13.101
1994	1.114,4	33,5	30,6	57,8	13.650
1995	1.179,3	34,1	31,2	57,8	14.441

*1990 Angaben nur eingeschränkt vergleichbar

Daten: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, März 1997, sftab250

Das Sozialbudget lag 1995 bei fast 1,2 Billionen Mark. Das ist mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Der größte Teil wird zum Schutz im Alter, der Hinterbliebenen und der Gesundheit ausgegeben.

Der DGB behauptet:

Die Steuerreform bestrafe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sei nicht sozial ausgewogen.

Richtig aber ist:

bleiben, Arbeitsplätze zu sichern und zusätzlich Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die Steuersätze gesenkt, die Widersprüche im Steuerrecht abgebaut und Ausnahmen konsequent gestrichen werden. Mit der großen Steuerreform werden die Steuerzahler im Schnitt um 120 Mark im Monat entlastet. Außerdem wird die Kaufkraft des einzelnen gestärkt, und die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft werden gefördert. Wer glaubt, nur Arbeitnehmer seien durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen betroffen, der irrt. Rund 60 Prozent betreffen die Unternehmen. Beispielsweise sind dies die Senkung und Streichung von Abschreibungen, der Wegfall des Freibetrages und des ermäßigten Steuersatzes für Veräußerungs- und Aufgabegewinne.

Die große Steuerreform steht unter dem Motto „niedriger – einfacher – gerechter“. Die Steuersätze werden für alle deutlich

sinken. Die Bezieher mit geringem Einkommen werden am deutlichsten entlastet. Grundsätzlich soll bei gleichem Einkommen jeder gleich viel Steuern zahlen. Möglichkeiten zur Steuervermeidung werden konsequent abgebaut, damit der Ehrliche nicht der Dumme ist.

Der DGB behauptet:

Mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes würde Arbeitslosigkeit statt Arbeit finanziert.

Richtig aber ist:

Während die SPD die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes im Bundesrat blockiert und damit den arbeitslosen Menschen neue Möglichkeiten für eine Beschäftigung verweigert hat, hat die CDU-geführte Bundesregierung mit dieser Reform die Neugestaltung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik erreicht (Trainingsmaßnahmen, Eingliederungsvertrag).

Das Prinzip, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, hat die CDU-geführte Bundesregierung schon lange verwirklicht. Das 1993 zunächst nur für die neuen Bundesländer eingeführte Instrument

Entlastungen durch die große Steuerreform

Bruttojahresverdienst	Alleinstehender	Verheirateter
40.000 DM	1.301 DM	678 DM
55.000 DM	1.808 DM	1.919 DM
85.000 DM	2.752 DM	3.045 DM

27. Bundestagung der CDA in Magdeburg

● **Am Freitag, den 23. Mai**, wird gegen 14.30 Uhr Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Delegierten diskutieren. Anschließend findet der politische Bericht des CDA-Bundesvorsitzenden Rainer Eppelmann statt. Nach der darauffolgenden Aussprache wird der Bundesvorstand gewählt.

● **Am Samstag, den 24. Mai**, diskutiert der Delegiertentag ein Papier zum Thema „Sozial ist, was Beschäftigung schafft – Neuer Aufbruch für die Soziale Marktwirtschaft“

Durch einen neuen Gesellschaftsvertrag für die Vollbeschäftigung soll das Ziel „Arbeit für alle“ wieder in greifbare Nähe geraten. Wir haben auf gesonderte Foren verzichtet, damit alle Delegierten ausführlich über die Thesen, die als „Magdeburger Erklärung“ verabschiedet werden sollen, diskutieren können.

● **Am Sonntag, den 25. Mai**, wird als Hauptredner Bundesarbeitsminister Norbert Blüm anwesend sein. Das Schlußwort des CDA-Bundesvorsitzenden wird gegen 13.00 Uhr erwartet.

„Produktiver Lohnkostenzuschuß“ folgt diesem Prinzip. Der Arbeitgeber erhält hier einen Lohnkostenzuschuß in Höhe der eingesparten Mittel für die Arbeitslosenunterstützung. Das erfolgreiche Modell wurde auf die alten Bundesländer übertragen. Mit der zum 1. April 1997 in Kraft getretenen Neuregelung des Arbeitsfördergesetzes erhalten die neuen Bundesländer die Möglichkeit, noch mehr Lohnkostenzuschüsse in Anspruch zu nehmen.

Entgegen falschen Behauptungen wird das Arbeitslosengeld weder in seiner Höhe noch in seiner Bezugsdauer gekürzt. Aufgrund der Anhebung der Altersgrenze bei der Rente wird der Anspruch auf ein verlängertes Arbeitslosengeld erst ab dem 45. Lebensjahr möglich – statt wie bisher ab dem 42. Lebensjahr. Eine wichtige Neuerung ist auch die Einführung eines Teilarbeitslosengeldes für Versicherte, die mehrere Teilzeitbeschäftigungen ausüben. Zukünftig erhalten 600.000 Teilzeitbeschäftigte, die weniger als 18 Stunden arbeiten und mehr als 610 Mark verdienen, den Schutz der Arbeitslosenversicherung.

Dies ist vor allem eine Besserstellung für Frauen.

Der DGB behauptet:

Die Zahl der Ausbildungsplätze sei weiter rückläufig. Mit einem Lastenausgleich zwischen Auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben würden mehr Ausbildungsplätze geschaffen.

Richtig aber ist:

Die Politik kann keine Lehrstellenversprechen geben, die dann andere, nämlich die Unternehmen einlösen müssen. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung mit dem „Reformprojekt Berufliche Bildung“ den Weg der Flexibilisierung und Mobilisierung der Beruflichen Bildung konsequent fortgesetzt. Durch die Novelle des Jugendarbeitsschutzes, die Ausbildungseignungsverordnung und durch den vollzogenen Modernisierungsschub bei

den neuen Ausbildungsberufen wurden die im Bündnis für Arbeit am 23. Januar 1996 vereinbarten Maßnahmen umgesetzt. Dies zeigt: Die CDU handelt.

Alle Bundesländer sind gefordert, die Berufsschulzeiten flexibler und betriebsfreundlicher zu gestalten. Die Kammern müssen einheitlich dafür sorgen, daß die Ausbildungsbetriebe von Kammergebühren entlastet werden.

Die Tarifpartner müssen ihren Weg der Bündnisse für Ausbildung konsequent fortsetzen. In jedem Tarifvertrag muß das Thema Lehrstellen berücksichtigt werden.

Der DGB behauptet:

Mit der Gesundheitsreform würden alle Reformversprechen der Vergangenheit gebrochen und Kranke abkassiert.

Richtig aber ist:

Es besteht kein Anlaß, den Eindruck zu erwecken, daß Krankheit zukünftig ein unkalkulierbares Risiko sei. Niemand wird auf gesundheitliche Leistungen verzichten müssen, nur weil er ein geringes Einkommen hat. Mit der Sozial- und Überforderungsklausel werden Geringverdiener von Zuzahlungen befreit. Wer weniger als 1.708 Mark bzw. 1.456 Mark in den neuen Bundesländern im Jahr 1997 verdient, wird von den Zuzahlungen befreit und hat einen Anspruch auf eine volle Kostenübernahme – außer bei den Zuzahlungen für Krankenhausaufenthalte. Wenn ein weiteres Familienmitglied im Haushalt lebt, erhöht sich dieser Satz um 640,50 Mark in den alten und um 546 Mark in den neuen Bundesländern. Für jedes weitere im Haushalt lebende Familienmitglied werden 427 Mark in den alten sowie 364

Mark in den neuen Bundesländern gewährt.

Von Zuzahlungen grundsätzlich befreit sind: Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosenhilfeempfänger, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoverdienst von 3.202,50 Mark (2.730 Mark in den neuen Bundesländern) zahlt nichts hinzu.

Auch wer über den Einkommensgrenzen für die vollständige Befreiung liegt, muß höchstens zwei Prozent seines Bruttoeinkommens zuzahlen. Dies ist gerechtfertigt, da es gesundheitliche Versorgung nicht zum Nulltarif gibt. Zuzahlungen sind erträglicher als die Ausgrenzung medizinischer Leistungen, wie es zum Teil bei unseren europäischen Nachbarn praktiziert wird.

Bei Zahnersatz gilt eine spezielle Überforderungsklausel.

Neu geregelt wurde die Zuzahlung für chronisch Kranke. Wer ein Jahr lang Zuzahlung bis zur Belastungsobergrenze geleistet hat, muß nur noch ein Prozent seines Bruttoeinkommens für Eigenleistungen aufbringen. Dies schützt die wirklich bedürftigen Menschen.

Personalie

Ruprecht Polenz, Bundestagsabgeordneter der Stadt Münster und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, ist zum Präsidenten der Deutschen Atlantischen Gesellschaft gewählt worden. Polenz löst in diesem Ehrenamt den langjährigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und früheren Bundestagsabgeordneten **Hans Stercken** ab, der nicht mehr kandidiert hatte. Polenz wurde mit 513 von 522 Stimmen gewählt.

Reformkonzept für die berufliche Bildung beschlossen

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: Das Bundeskabinett hat am 16. April zwei Berichte zur Beruflichen Bildung beschlossen:

● Mit dem Berufsbildungsbericht 1997 wird ein gesetzlicher Auftrag erfüllt. Der Bundesregierung ist jährlich über die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt zu berichten.

● Der Bericht „Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe“ enthält Vorschläge für eine grundlegende strukturelle Weiterentwicklung der Berufsbildung. Hier geht es um die Zukunft der Beruflichen Bildung in Deutschland.

● Aktuelle Lage auf dem Lehrstellenmarkt

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat in der vergangenen Woche die Halbjahresbilanz für die laufende Lehrstellenvermittlung vorgelegt.

Diese Halbjahresbilanz ist ein Alarmsignal. Es droht eine Lehrstellenlücke, wenn jetzt nicht kräftig zugelegt wird.

Denn wir brauchen in diesem Jahr 13.000 Lehrstellen mehr als 1996. Und dieses Ziel ist noch weit entfernt.

In den neuen Ländern zeichnet sich erneut der Bedarf für ein Sonderprogramm ab.

Die Bundesregierung ist bestrebt, möglichst schnell mit den neuen Ländern eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen. Ein Abschluß in der Größenordnung des Vorjahres – rund 14.300 Ausbildungsplätze – dürfte erreichbar sein. Möglicher-

weise gibt es auch einen leichten Zuwachs.

Abgerechnet wird erst am Ende des Jahres. Auch in den vergangenen Jahren wurde der Ausgleich in der „zweiten Halbzeit“ geschafft. Der große persönliche Einsatz des Bundeskanzlers hat erkennbar und ganz erheblich dazu beigetragen.

Die Bundesregierung hat frühzeitig, nämlich bereits Mitte März, gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft und der Bundesanstalt für Arbeit die Gemeinschaftsinitiative „Ausbilden – wir machen mit!“ gestartet.

Ich bin zuversichtlich, daß es uns gelingen wird, erneut Kräfte zu mobilisieren, die ohne politischen Anschub brachliegen würden.

Wir wollen auch die Lehrlingsausbildung als Zukunftsvorsorge für den Standort Deutschland und als Verpflichtung gegenüber der jungen Generation stärker im öffentlichen Bewußtsein verankern. Die Menschen müssen verstehen, daß Ausbildung und Renten zwei gleichwertige Seiten der Medaille „Zukunftssicherung“ sind: Ohne Berufsperspektive der Jungen keine Versorgungssicherheit der Älteren. Doch auch in diesem Jahr kann die Politik keine Lehrstellenversprechen geben, die letztlich andere, nämlich in erster Linie die Unternehmen, einlösen müssen.

● Deshalb müssen die Betriebe, Kammern und Tarifpartner alle Reserven mobilisieren.

● Die Kammern müssen einheitlich dafür sorgen, daß Ausbildungsbetriebe von Kammergebühren entlastet werden.

- Die Unternehmen müssen den Spielraum, den bessere Konjunkturaussichten bieten, vorrangig für mehr Lehrstellen nutzen.
- Insbesondere ausländische Selbständige sollten ihr großes, ungenutztes Ausbildungspotential besser ausschöpfen. Seit Mitte der 80er Jahre ist die Zahl ausländischer Selbständiger in Deutschland kontinuierlich gewachsen. 1994 waren es 245.000. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um kleinere Betriebe, die bisher kaum ausbilden.
- Ursächlich ist nach unserer Kenntnis weniger ein Mangel an Ausbildungsbereitschaft, sondern an Kenntnissen über das deutsche System. Dem wollen wir mit geeigneten Maßnahmen abhelfen.
- In einigen Ländern und Regionen wurden „Bündnisse für Ausbildung“ geschlossen. Solche gemeinsamen Aktionen muß es 1997 in allen Regionen geben, in denen Lehrstellendefizite drohen.
- Die Tarifpartner müssen Maßnahmen zur Erhöhung des Lehrstellenangebotes in ihre Tarifverhandlungen einbeziehen. Die Forderung der Bundesregierung an die Adresse von Arbeitgebern und Gewerkschaften heißt: Keine Tarifverhandlungen mehr ohne das Thema Lehrstellen!
- Wir werden die Länder weiter dazu drängen, die Berufsschulzeiten flexibler und betriebsfreundlicher zu organisieren. Niedersachsen hat als erstes Land ernst gemacht und den zweiten Berufsschultag für Lehrlinge ab dem zweiten Ausbildungsjahr praktisch abgeschafft. Die Zahl der Ausbildungsverträge ist daraufhin in Niedersachsen 1996 gegen den Trend um 1,1 Prozent gestiegen. Im alten Bundesgebiet ist die Zahl dagegen praktisch unverändert geblieben. Und in Nordrhein-Westfalen, wo es bislang keine vergleichbare Regelung gibt, ist die Zahl der Ausbildungsverträge in der gleichen Zeit sogar um 2,5 Prozent gesunken. Deshalb meine

ich: Die Länder sind gut beraten, wenn sie unserer Empfehlung folgen und jetzt mit Nachdruck an Organisationsmodellen arbeiten, die den Betrieben zusätzliche Ausbildungszeit bringen.

Auch in den kommenden Jahren muß das Lehrstellenangebot kontinuierlich um ein bis zwei Prozent pro Jahr wachsen. Das wissen wir schon heute. Denn die Zahl junger Leute, die einen Ausbildungsplatz suchen, wird in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen.

Die Grundvoraussetzungen für Ausbildung in Deutschland sind gut. Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen in den vergangenen zwei Jahren nochmals deutlich verbessert:

- Wir haben im April vergangenen Jahres die Ausbildereignungsverordnung geändert. Qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte und Betriebsinhaber können jetzt in vielen Fällen sofort ausbilden und müssen vorher nicht mehr zeitraubende und abschreckende Eignungsprüfungen durchlaufen.

- Wir haben Anfang dieses Jahres das Jugendarbeitsschutzgesetz novelliert. Damit haben wir erreicht, daß mehr als eine Million erwachsener Lehrlinge nach der Berufsschule am Nachmittag wieder in den Ausbildungsbetrieb kommen können.

- Bei den Ausbildungsberufen ist seit 1995 der größte und schnellste Modernisierungsschub seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 gelungen: Im Sommer 1997 werden wir in der kurzen Zeit der vergangenen zwei Jahre über 50 modernisierte und 26 völlige neue Berufsbilder geschaffen haben, davon allein 14 in diesem Jahr.

Die vom ZVEI angekündigten Lehrstellenzahlen in den vier neuen Computerberufen ab Sommer 1997 übertreffen meine eigenen Erwartungen: 5.000 neue und topmoderne Lehrstellen soll es schon in diesem Jahr geben und 25.000 bis zum Jahr 2000.

Diesen Weg einer marktkonformen Modernisierung wollen wir konsequent weitergehen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, in einem nächsten großen Schritt, mit einem grundlegenden Reformpaket die Berufliche Bildung in Deutschland auf die Anforderungen des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten.

● Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe

In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts stehen die Hochschulen, die Schulen, steht aber auch die Berufliche Bildung vor neuen Herausforderungen. Fünf Punkte stehen für mich im Zentrum der Reformen der Beruflichen Bildung:

1. Ein Ausbildungsberuf der Zukunft muß mit der Innovationsdynamik Schritt halten können. Starre Ausbildungsordnungen werden den neuen beruflichen Herausforderungen nicht mehr gerecht.

2. Die Lernziele müssen für technische und organisatorische Neuerungen offen sein. Die Ausbildungsbetriebe brauchen größere Freiräume, damit sie je nach Branche, Einzelbetrieb und technologischer Entwicklung die günstigsten Qualifikationsprofile festlegen können. Dazu müssen die Ausbildungsordnungen ein breites und differenziertes Angebot von Auswahlmöglichkeiten erhalten.

3. Zwischen Betrieben und Berufsschulen sind neue Formen der Arbeitsteilung notwendig. Die Rahmenlehrpläne müssen sich stärker an den Bedürfnissen der betrieblichen Praxis orientieren. Doppelungen von Lerninhalten müssen vermieden werden.

4. Auch die Prüfungen müssen der betrieblichen Praxis besser angepaßt werden.

Herkömmliche Prüfungen in Einzel-fächern mit einer künstlichen Trennung von Theorie und Praxis sind nicht mehr zeitgemäß. Wer im Beruf Kundenaufträge bearbeiten, Beratungsgespräche führen und Projekte planen muß, der soll diese Fähigkeiten auch in Prüfungen nachweisen.

5. Die Fortbildungsverordnungen müssen in Abstimmung mit den Sozialpartnern weiterentwickelt werden. Eine Ausbildung reicht nicht mehr für das ganze Berufsleben, Lernbereitschaft und Eigeninitiative sind gefragt. Selbsterworbene Zusatzqualifikationen, Fortbildungsmodule und im Beruf erworbene Kompetenzen sollen beim Zugang zu Fortbildungsprüfungen stärker berücksichtigt werden. Kombinationen von Fachhochschulstudium und betrieblicher Aus- und Weiterbildung sollen erheblich ausgebaut werden.

Für unser Reformprojekt Berufliche Bildung bedeutet das konkret:

● Wir wollen am bewährten Berufskonzept festhalten. Aber wir wollen mehr Freiraum und Flexibilität in den Ausbildungsordnungen schaffen.

● Die Berufsschulen sollen Garanten für die Qualität der Beruflichen Bildung in Deutschland sein. Sie sollen einen hochwertigen und vor allem zukunftsfähigen Berufsschulunterricht anbieten. Dies soll in flexibler, intelligenter und partnerschaftlicher Kooperation mit den ausbildenden Betrieben erreicht werden. Dafür sind neue Organisationsmodelle einzuführen, nicht aber längere Berufsschulzeiten. Qualität geht vor Quantität.

● Für die Erstausbildung sollen nur noch Qualifikationen festgelegt werden, die in der überwiegenden Zahl der Betriebe dauerhaft gebraucht werden. Qualifikationen, die nur in relativ wenigen Betrieben gebraucht werden oder sich besonders rasch verändern, werden als ausbildungsbeglei-

tende Zusatzqualifikation angeboten oder in die berufliche Fort- und Weiterbildung aufgenommen.

● Wenn es fachlich vertretbar ist, soll eine Ausbildung in Stufen vorgesehen werden, die bereits nach zwei Jahren zu einem ersten arbeitsmarktverwertbaren Abschluß führt.

● Die Zeitvorgaben für die unterschiedlichen Lernschritte sollen konsequent am durchschnittlich leistungsfähigen Lehrling orientiert werden. Es macht keinen Sinn, prestigeträchtige Lernfortschritte einzuplanen, mit denen man für eine Mehrzahl von Lehrlingen die Überforderung vorprogrammiert.

● Bis zu 14 Prozent der Jugendlichen eines Altersjahrgangs bleiben immer noch ganz ohne Berufsausbildung. Das betrifft jährlich rund 100.000 junge Männer und Frauen. Zwischen 50.000 und 60.000 bewerben sich gar nicht erst um eine Lehrstelle. Die übrigen scheitern, weil es für sie keine geeigneten, eher praktisch orientierten Ausbildungsgänge gibt.

Deshalb brauchen wir neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischen Qualifikationen. Denn es ist absurd, junge Menschen mit handwerklichem Geschick ins berufliche Abseits zu stellen, nur weil sie mit Formelwissen schlecht zurechtkommen.

Den Lehrlingen, die die Abschlußprüfung endgültig nicht bestehen, sollten die Kammern und andere für die Berufsausbildung zuständige Stellen in Zukunft zumindest Zertifikate über die erfolgreich bestandenen Prüfungsteile austeilen. Mit einem solchen „**Kleinen Gesellenbrief**“ hat ein

junger Mensch auf dem Arbeitsmarkt immer noch bessere Chancen als ganz ohne Ausbildungsnachweis.

Viele Ausbildungsbetriebe klagen allerdings auch darüber, daß einem nicht unerheblichen Teil der Schulabsolventen die grundlegenden Kenntnisse und Verhaltensweisen fehlen, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung erforderlich sind. Pro Jahr wird deshalb rund 30.000 jungen Frauen und Männer bei der Lehrstellensuche zum Verhängnis, daß ihnen schlicht und einfach die notwendige Ausbildungsreife fehlt.

● Umgekehrt gibt es aber auch viele junge Menschen, die mehr leisten können und wollen, als in der Ausbildung gefordert wird. Für sie müssen entsprechende Zusatzqualifikationen eingeführt werden. Hier wäre beispielsweise an berufsorientierten Fremdsprachenunterricht, an Elementen aus verwandten oder ergänzenden Berufen und vorgezogene Inhalte der Fortbildung zu denken. Dies bietet motivierten und begabten jungen Menschen die Möglichkeit zu anspruchsvoller Spezialisierung und schneller Aufstiegsfortbildung.

Im Bericht sind zahlreiche weitere Maßnahmen dargestellt. Sie reichen von der Modernisierung der Weiterbildung über die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung bis hin zur europäischen Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit von Bildungszertifikaten.

Es ist ein großes Reformpaket, das wir zügig umsetzen wollen. Denn nur mit Hilfe solcher strukturellen Veränderungen der Berufsausbildung wird das duale System auch die Herausforderungen der Zukunft meistern können.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Ausbildungsziel 1997 im Osten erreichbar

Die Wirtschaftsorganisationen erwarten, daß in den neuen Ländern trotz schwieriger Wirtschaftslage bei ziemlich konstanter Nachfrage der Schulabgänger das Ausbildungsplatzziel bis Ende dieses Jahres erreicht werden kann.

Zwar werde die Baubranche angesichts der kritischen Situation kaum ihr Angebot wieder steigern können. Es gebe jedoch Chancen in anderen Industriezweigen – und insbesondere in den Dienstleistungen.

Hierauf wiesen Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) und des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) hin. Anlaß war eine Konferenz zur Ausbildungssituation in den neuen Bundesländern am 16. April in Berlin. Dort beschlossen die Wirtschaftsorganisationen, alles zu tun, um die betriebliche Ausbildung weiter zu stärken und auch 1997 jedem interessierten und geeigneten Schulabgänger einen Ausbildungsplatz anbieten zu können.

Im Jahr 1996 sei in den neuen Bundesländern die Zahl der ausbildenden Unternehmen in Industrie und Dienstlei-

stungen um 7,4 Prozent gewachsen. Deshalb werde die erfolgreiche Akquisition von Kammern, Verbänden, Arbeitsämtern sowie durch die vom Bundesbildungsministerium geförderten Ausbildungsplatzentwickler und durch die Lehrstellenbewerber des Bundeswirtschaftsministeriums vor allem bei den bisher nicht ausbildenden Betrieben fortgesetzt. Alle Kultusminister müßten für einen betriebsfreundlich organisierten Berufsschulunterricht sorgen. Die Tarifpartner seien besonders gefordert: Hohe Ausbildungsvergütungen müßten eingefroren, besser noch gesenkt werden.

Konferenz zur Ausbildungssituation in den neuen Ländern

Ohne ein erneutes „**Aktionsprogramm Lehrstellen Ost**“ werde man allerdings nicht auskommen. Erforderlich sei eine Kapazität des Programms etwa in Vorjahreshöhe mit dem absoluten Vorrang für die Förderung betriebsnaher Ausbildungsplätze. Die Unternehmen würden auch in der schwierigen wirtschaftlichen Situation beachtliche Ausbildungsleistungen erbringen.

Post übernimmt alle Auszubildenden in unbefristete Beschäftigung

Die Deutsche Post AG wird in diesem Jahr allen 1.500 Nachwuchskräften, die ihre Ausbildung beenden, unbefristete Arbeitsplätze anbieten. Dies sei nach intensiven Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) erreicht worden, teilte die DPG in Frankfurt/Main mit. Für die überwiegend postspezifisch ausgebildeten Jugendlichen bedeute dies eine gute berufliche Perspektive, erklärte der DPG-Tarifexperte Günter Heidorn. Vorausgesetzt werde allerdings die bundesweite Mobilität der jungen Leute.

Am 1. Juli 1997 Renten Anpassung in ganz Deutschland

Das Bundeskabinett hat am 16. April auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Entwurf der Renten Anpassungsverordnung 1997 beschlossen. Danach werden die Renten aus der Rentenversicherung in den alten Bundesländern zum 1. Juli 1997 um 1,65 Prozent erhöht; in den neuen Bundesländern werden die anpassungsfähigen Renten um 5,55 Prozent angehoben.

Die verfügbare Standardrente, der 45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst zugrunde liegen, steigt in Westdeutschland von derzeit rund 1.942 DM zum 1. Juli 1997 auf 1.975 DM. In den neuen Bundesländern steigt die verfügbare Standardrente von derzeit rund 1.598 DM auf 1.683 DM. Das Verhältnis der verfügbaren Standard-Ostrente zu der vergleichbaren Westrente wird damit ab Juli 85,2 Prozent betragen. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis – je nach Rentenbeginn der Ostrenten – noch zwischen rund 29 und 37 Prozent gelegen.

Beitragszahler und Rentner in einem Boot

Hierzu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Die Renten Anpassungen kommen pünktlich wie nach einem Uhrwerk. Was die Aktiven im vergangenen Jahr an Einkommenszuwachs erhalten haben, das wird an die Rentner weitergegeben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dies gilt im Westen in gleicher Weise wie im Osten. Das ist praktizierte Generationensolidarität: Beitragszahler und Rentner sit-

zen in einem Boot. Weil die Arbeitsverdienste in den neuen Ländern im vergangenen Jahr stärker gestiegen sind als im Westen, werden dort auch die Renten stärker erhöht. Der Aufholprozeß setzt sich also fort.“

Die Anpassung für die einzelnen Rentempfänger in den neuen Ländern kann sich sehr unterschiedlich auswirken, weil die aus Besitz- und Vertrauensschutzgründen zur Rente gezahlten Auffüllbeträge

Norbert Blüm: Der Aufholprozeß in den neuen Bundesländern setzt sich fort.

und Rentenzuschläge nicht anpassungsfähig sind und außerdem – wie schon bei den Renten Anpassungen im Jahr 1996 – weiter abgeschmolzen werden.

Ab 1. Juli 1997 ist für den Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner der Beitragssatz der jeweiligen Krankenkasse maßgebend, bei der der einzelne Rentner versichert ist. Bisher wurde der Beitrag nach dem durchschnittlichen Beitragssatz aller Krankenkassen bemessen; war also für alle Rentner im Westen sowie für alle Rentner im Osten gleich. Deshalb fallen ab der diesjährigen Renten Anpassung die Veränderungen der verfügbaren Renten individuell unterschiedlich aus.

Die Renten und Pflegegelder der Unfallversicherung werden in den alten Ländern um 1,47 Prozent und in den neuen Ländern um 5,27 Prozent erhöht.

Die Länder sollen beim Hochwasserschutz ihren Pflichten nachkommen

Anlässlich der Einbringung des Antrags „Vorbeugender Hochwasserschutz“ im Deutschen Bundestag erklärten der umweltpolitische Sprecher, Klaus Lippold, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, Kurt-Dieter Grill:

Mit dem Antrag wollen die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag eine konsequente Umsetzung der notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen in den Ländern einfordern und beschleunigen.

Die Bundesregierung hat die Konsequenzen aus den letzten krisenhaften Hochwasserlagen gezogen. Nunmehr zeigt sich, daß am Rhein genauso wie an der Elbe länderübergreifende, international abgestimmte Initiativen des Bundes durch das egoistische Verhalten der Länder gebremst werden.

Hochwasserschutz kann und darf nicht an Ländergrenzen scheitern. Hochwasserschutz darf nicht nur diskutiert werden, wenn kritische Lagen entstehen.

Eine gute Politik zeigt sich dann, wenn die Lehre aus Krisenlagen in ruhigeren Zeiten kontinuierlich abgearbeitet würden. Hier ist jetzt alle Kraft

gefordert, um die nächste Krise zu verhindern. Der Antrag beinhaltet folgende Forderungen:

Effiziente Maßnahmen gegen partikuläre Interessen

● Der Deutsche Bundestag fordert die Länder auf, sich entsprechend ihrer originären Zuständigkeit für den vorbeugenden Hochwasserschutz stärker zu engagieren, notwendige und effiziente Maßnahmen gegen örtliche Widerstände oder gegenläufige partikuläre Interessen durchzusetzen und Initiativen zur Rückhaltung bzw. Versickerung von Niederschlagswasser zu entwickeln sowie die länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit und Abstimmung von Hochwasservorsorgemaßnahmen in den jeweiligen Flußeinzugsgebieten aktiv zu unterstützen.

● Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß in Überschwemmungsbereichen keine Förderung von Siedlungsvorhaben mit nationalen Mitteln sowie Mitteln des EU-Strukturfonds erfolgt.

Die Renten der Alterssicherung der Landwirte werden entsprechend dem Anpassungssatz in der Rentenversicherung im Westen um 1,65 Prozent und im Osten um 5,55 Prozent angepaßt.

Die Anpassung der Kriegsoffizierrenten in den westlichen Bundesländern erfolgt durch eine besondere Rechtsverordnung, die ebenfalls vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Die Verordnung sieht die

Erhöhung der Renten der rund eine Million Versorgungsberechtigten zum 1. Juli 1997 um 1,47 Prozent vor. Der Unterschied zum Anpassungssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung ergibt sich dadurch, daß bei der Ermittlung des Anpassungssatzes in der Kriegsoffizierversorgung die Entwicklung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung nicht berücksichtigt werden.

Dürftige Halbzeitbilanz Stolpes in Brandenburg

„Wir waren verurteilt, nicht als stolze Adler hohen Zielen entgegenzufliegen...“, zog Brandenburgs sozialdemokratischer Ministerpräsident Manfred Stolpe (ddp/ADN, 11. 4. 1997) nach zweieinhalb Jahren die ernüchternde Halbzeitbilanz seiner zweiten Legislaturperiode.

Drei wichtige Ziele wurden klar verfehlt:

- Die Arbeitslosigkeit sollte bis 1999 auf 10 Prozent gedrückt werden. Die Arbeitslosenzahlen haben statt dessen genau eine gegenteilige Entwicklung genommen. Im März 1997 lag die Arbeitslosenquote bei 17,7 Prozent im Vergleich zu 16,4 Prozent im Vorjahr. Manfred Stolpe: „Mit Zusagen halte ich mich jetzt zurück. [...] Ich bin aber persönlich einem Irrtum aufgesessen [...].“ (Märkische Allgemeine, 11. 3. 1997)

- Das Projekt Großflughafen am Standort Sperenberg ist gescheitert.

- Die Fusion Berlin-Brandenburg kam durch das klare „Nein“ der Brandenburger nicht zustande. Ein Alternativkonzept existiert nicht. Die Antwort auf den von Stolpe als „Singledasein“ (Die Welt, 19. 3. 1997) bezeichneten Status Brandenburgs besteht in der erneuten Forderung nach einer Fusion, von der Ministerpräsident Stolpe selbst nicht annimmt, „daß das schneller als in sechs bis acht Jahren gehen wird“. (Die Welt, 13. 3. 1997)

Das Land Brandenburg verzeichnet mit 9.000 DM am Ende des Jahres die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Ostdeutschland. Die finanzielle Situation Brandenburgs ist so bedrückend, daß Finanzmini-

sterin Wilma Simon bekennt: „Wenn wir keine Förderung mehr bekommen, kann Brandenburg eigentlich nicht mehr existieren.“ (ORB-RBB, 4. 4. 1997) Selbst Manfred Stolpe räumt ein: „Bis wir uns in Brandenburg wieder aus eigener Kraft bewegen können, wird noch ein Jahrzehnt vergehen.“ (Märkische Allgemeine 11. 3. 1997)

Eine Regierungserklärung Stolpes über die zukünftige Entwicklung Brandenburgs, die „in jedem Fall vor der Sommerpause“ (Die

Ratlosigkeit und fehlende Innovationskraft kennzeichnen die Regierung Stolpe nach der ersten Halbzeit.

Welt, 19. 3. 1997) für Klarheit sorgen sollte, wurde auf den Herbst vertagt.

Flügelahmer Adler

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß das Versagen und die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung bis zur Hälfte der Legislaturperiode auch in der Presse ihren kritischen Niederschlag fand:

- „Roter Adler zur Potsdamer Halbzeit – flügelahm“

(Die Welt, 19. 3. 1997)

- „Stolpes Regierung fehlen die Visionen. [...] Die Perspektivlosigkeit, an der die Regierung krankt, zeigt der Vorstoß [von] SPD-Chef Steffen Reiche für einen erneuten Fusionsanlauf im Zuge des Landtagswahlkampfes.“ (Handelsblatt, 17. 4. 1997)

Rot-Grün will Religionsunterricht an den Schulen in NRW an den Rand drängen

„Der in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, die Streichung einer Unterrichtsstunde im Fach Religion zugunsten des Faches Mathematik sei eine Reaktion auf das katastrophale Abschneiden der nordrhein-westfälischen Schüler bei der internationalen Studie zum mathematischen Unterricht der Universität Vancouver, ist nur ein Teil der Wahrheit“, erklärte der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der nordrhein-westfälischen CDU, Thomas Rachel.

Die Maßnahme sei ein weiterer Schritt im Kampf um den Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen. Bei dem laut Schulministerium „hergestellten notwendigen Benehmen mit den Kirchen“ handle es sich lediglich um den Bescheid des Ministeriums über die beschlossene Maßnahme, nicht aber um ein Einverständnis der Kirchen, betonte Thomas Rachel. Die rot-grüne Landesregierung wolle der Öffentlichkeit vortäuschen, sie habe die ausdrückliche Zustimmung der Kirchen für die Kürzung des Religionsunterrichts erhalten.

„Das Gegenteil ist der Fall!“, so der Bundestagsabgeordnete:

„Beide Kirchen haben klargestellt, daß sie der Kürzung nicht zugestimmt haben und daß im Vorfeld keine Beratung der Landesregierung mit ihnen stattgefunden hat.“

Der Vergleich mit LER in Brandenburg drängt sich auf.

Die Maßnahme von Ministerin Behler stehe im Zusammenhang mit den Überlegungen der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ des Ministerpräsidenten. Dort werde eine Abschaffung des Religionsunterrichts zugunsten eines übergreifenden „wertneutralen“ Faches, ähnlich wie „LER“ in Brandenburg, favorisiert.

Rachel: „Hier handelt es sich nur um einen neuerlichen, geschickt verbrämten Versuch, den Religionsunterricht an den Schulen in NRW an den Rand zu drängen.“

● „Stolpe räumt Niederlagen ein“ (Märkische Allgemeine, 12. 4. 1997)

● „Lethargie und Schwerfälligkeit sind die prägnantesten Merkmale des Stolpe-Kabinetts zur Halbzeit. Weil es an Kreativität und Phantasie mangelt, gehen kaum Impulse von ihm aus. Statt dessen machen sich Provinzgeist und Dilettantismus breit, häufen sich Flops. Jüngstes Beispiel ist Stolpes überstürzte Kuba-Reise, die außer einem Kaffeeklatsch mit Castro kein Ergebnis, dafür reichlich

Negativ-Schlagzeilen einbrachte: **An der Vorbereitung war eine verurteilte Betrügerin beteiligt.**“ (Tagesspiegel, 11. 4. 1997)

Fazit: Ratlosigkeit und fehlende Innovationskraft kennzeichnen die Regierung Stolpe nach der ersten Halbzeit. Für Brandenburg wäre es am besten, wenn es für Stolpe und seine desolante Mannschaft gar keine zweite Halbzeit geben würde. Auf jeden Fall muß für sie 1999 pünktlich der Abpiff erfolgen.

Trauer um Herbert Czaja

Zum Tode von Herbert Czaja erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit Herbert Czaja verliert die Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Repräsentanten der deutschen Heimatvertriebenen.

Herbert Czaja hat wie Millionen unserer Landsleute das Unrecht der Vertreibung aus der Heimat am eigenen Leibe erlitten. Trotz dieser bitteren Erfahrung trat er als gläubiger Christ und



Foto: Kurt Eppler

überzeugter Demokrat stets für Aussöhnung und Ausgleich ein; jeden Gedanken an Haß und Vergeltung lehnte er entschieden ab.

Es ist nicht zuletzt Herbert Czaja und seinem Engagement im Deutschen Bundestag und in der Führung des Bundes der Vertriebenen zu verdanken, daß die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in den demokratischen Parteien eine politische Heimat fanden und in diesem Rahmen einen besonders wichtigen Beitrag zum Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland geleistet haben. Auf diese Weise trug Herbert Czaja auch dazu bei, daß unsere Nachbarn und Partner dem Friedens- und Freiheitswillen der Deutschen uneingeschränkt vertrauten, als sich die Chance zur Wiedervereinigung ergab.

Wir schulden ihm bleibenden Dank

Herbert Czaja hat wie nur wenige andere dafür gestritten, daß in den langen Jahrzehnten der Teilung die deutsche Frage rechtlich und politisch offenblieb. Auch in dieser Frage beugte er sich niemals dem Zeitgeist, und auch hierfür schulden wir ihm bleibenden Dank.

Meine tiefempfundene Anteilnahme gilt Frau Czaja und ihren Kindern. Ich selbst traure um einen Kollegen, den ich in vielen Jahren enger Zusammenarbeit wegen seiner klaren politisch-moralischen Maßstäbe, seiner Loyalität und seiner Überzeugungstreue außerordentlich geschätzt habe.

Begegnungen zwischen alten und neuen Bundesländern auf der Ebene der CDU

Aufgrund des Aufrufs des Bundespräsidenten vom 9. November 1996, eine neue Offensive der persönlichen Begegnungen zwischen den Deutschen aus Ost und West zu starten, hat Generalsekretär Peter Hintze die Kreisvorsitzenden der CDU Deutschlands zum Jahreswechsel 1996/1997 aufgefordert, für das Anliegen des Präsidenten werbend einzutreten.

Im Nachgang dazu führte die Bundesgeschäftsstelle eine Erhebung durch, um eine Übersicht über die bestehenden oder geplanten Partnerschaften zwischen Parteigliederungen in den neuen Bundesländern und solchen in den alten Ländern zu erhalten. Das Ergebnis dieser Erhebung sieht wie folgt aus:

● Bestehende Partnerschaften zwischen CDU-Kreisverbänden West und Ost

Zum Stand 1. April 1997 wurden 79 aktive Partnerschaften zwischen Kreisverbänden in Ost und West ermittelt. Wenn man die bestehenden Mehrfachpartnerschaften abzieht, haben 65 von insgesamt 119 Kreisverbänden Ost, d. h. über 50 Prozent, eine feste Partnerschaft. Darüber hinaus unterhalten in vielen Kreisverbänden Untergliederungen wie Stadt- und Gemeindeverbände zusätzlich aktive Partnerschaften. Die Kreisverbände Marburg-Biedenkopf und Paderborn berichten z. B. von jeweils 10 weiteren Ost-West-Beziehungen unterhalb der Kreisebene.

Kontaktpflege

Die meisten Partnerschaften bestehen seit 1990 und seit dieser Zeit hat sich ein festes Beziehungsgeflecht entwickelt. Auch wenn inzwischen die Kontakte nicht mehr ganz so zahlreich sind wie in der Wendezeit, wird durchschnittlich von zwei bis vier jährlichen gegenseitigen Treffen berichtet.

Gegenseitige Besuche zu Kreisparteitagen, Wahlterminen oder zu besonderen Anlässen wie z. B. Stadtfesten, Jubiläen oder kulturellen Ereignissen sind häufig praktizierte Formen der Kontaktpflege.

Parallel zu den Parteitreffen gibt es oftmals Treffen der jeweiligen Kreistags- bzw. Stadtratsfraktionen. Über die Parteien haben sich auch Kontakte zwischen Vereinen, in besonders vielen Fällen Sportvereinen, entwickelt.

In einer Reihe von Kreisverbänden wird die Partnerschaft besonders intensiv von der Senioren-Union getragen. Insgesamt sind 80 Ost-West-Partnerschaften der Senioren-Union auf der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbandsebene registriert.

Aus vielen anfangs offiziellen Kontakten haben sich inzwischen private Freundschaften entwickelt.

Von vielen Kreisverbänden werden regelmäßig jährlich 1 bis 2 mehrtägige Busreisen mit 30 bis 50 Teilnehmern in die für sie jeweils neuen Länder organisiert. Diese Reisen dienen neben der Kontaktpflege oft auch dem Erleben der land-

schafflichen und kulturellen Schätze der Regionen in Ost und West.

Neben den festen Partnerschaften haben eine Reihe von Kreisverbänden zusätzliche Kontakte zu den verschiedensten Kreis- bzw. Stadt- und Gemeindeverbänden. Mit hervorgehobenen Kulturstädten wie Dresden und Weimar suchen viele Parteilgliederungen West die Verbindung. Es ist aber auch festzustellen, daß die mehrmaligen Änderungen der Kreisverbands Grenzen und Geschäftsstellenbereiche eine maßgebliche Ursache dafür sind, daß manche Kontakte der ersten Zeit nach der Wende inzwischen erloschen sind. Nicht Desinteresse, sondern organisatorische Probleme haben in aller Regel zur Aufgabe von Partnerschaftsbeziehungen geführt.

Besonders eng sind nach wie vor die Beziehungen zwischen Kreisverbänden entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. So pflegt z. B. der Kreisverband Lüchow-Dannenberg regelmäßige Kontakte zu den angrenzenden Kreisverbänden aus den drei Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Übergreifende politische Themen werden gemeinsam erörtert, aber auch Grünkohlessen und Skatabende finden statt.

Die bereits vor der Wende begonnenen Vorstandstreffen der benachbarten CDU-Bezirksverbände Hildesheim, Kurhessen-Waldeck, Ostwestfalen-Lippe sind um die Vorstände aus den benachbarten Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt und Thüringen erweitert worden. So sollen auf der nächsten sogenannten „Fünf-Länder-Konferenz“ in diesem Jahr die Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf die Region erörtert werden.

Ein besonderer Kreis der Begegnung zwischen neuen und alten Bundesländern ist der Burg Gnadsteiner Gesprächskreis im

Landkreis Leipzig geworden. Zu den Gründern gehören u. a. der örtliche Bundestagsabgeordnete Rolf Rau, der Vorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, sowie der sächsische Landwirtschaftsminister Rolf Jähnichen. Im Mittelpunkt der Gesprächskreise mit Politikern und Wirtschaftsexperten aus Ost und West standen vor allem Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuaufbaus, insbesondere in der Region Leipzig. Wesentliche Impulse gingen für die Sanierung der ehemaligen Bergbaugebiete in den neuen Ländern aus.

Parteiunterstützung

Übereinstimmend wird von den Kreisverbänden West berichtet, daß die Zeit der umfangreichen Unterstützung mit Material und Ausrüstung für die Parteigeschäftsstellen sowie mit Ratschlägen für die politische Arbeit vorbei sei. Die Anfangsschwierigkeiten beim Neuaufbau der CDU in den neuen Bundesländern sind überwunden. Im Vordergrund steht jetzt der gegenseitige Meinungsaustausch. Selbstverständlich wird auch weiterhin im Einzelfall konkret geholfen:

- So hat der Kreisverband Waldeck-Franckenberg im Sommer 1996 ein Praktikum für den neuen Kreisgeschäftsführer des Partnerkreises Weimarer Land durchgeführt.
- Der Kreis Recklinghausen hat dem Kreisverband Oberspreewald-Lausitz im Februar diesen Jahres eine neue Computer-Anlage kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Der Kreisverband Herford unterstützt auch in diesem Jahr den Partnerkreisverband Dahme-Spreewaldkreis in organisatorischer Hinsicht, wie z. B. bei der Buchführung, der Erstellung von Infos und der Vorbereitung von Veranstaltungen.

Kulturelle, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Über die parteipolitischen Begegnungen hinaus finden eine Reihe von Aktionen gerade auch im kulturellen und sozialen Bereich sowie in wirtschaftlichen Fragen zwischen den Partnerkreisen statt:

- Der Kreisverband Göttingen beteiligt sich 1997 aktiv an den Feierlichkeiten und Veranstaltungen aus Anlaß „Elfthundert Jahre Eichsfeld“.

- Der Kreisverband Soest lädt regelmäßig aus den neuen Ländern bildende Künstler zu Ausstellungen ein.

- Kölner CDU-Mitglieder sind Mitglieder im Förderverein „Burg Querfurt“ aus dem Partnerkreis Merseburg-Querfurt.

- Der Kreisverband Neckar-Odenwald hat für den Partnerkreis Löbau-Zittau einen Kleinbus für eine Sozialstation zur Verfügung gestellt sowie maßgebliche finanzielle Hilfe für eine Altenpflegeeinrichtung geleistet.

- Die Ortsverbände Lindenthal, Junkersdorf, Weiden und Lövenich im Kreisverband Köln bereiten in diesem Jahr im Partnerkreis Merseburg-Querfurt die Sanierung eines Seniorenheimes mit Investitionen in Höhe von 4 Millionen DM vor.

- Die gleichen Ortsverbände haben 1996 Einrichtungsgegenstände für ein Feuerwehrhaus in der Gemeinde Obhausen im Partnerkreis organisiert.

- Mitglieder eines Ortsverbandes im Kreisverband Bonn sammelten im Herbst 1996 guterhaltenes Spielzeug für ein Kinderheim in Potsdam. Der Heimleitung konnte ein breitgefächertes Sortiment an Spielwaren überreicht werden, und die Freude der Kinder war groß. Aufgrund der positiven Resonanz wird der Ortsverband

die Aktion in diesem Jahr wiederholen.

- Der Kreisverband Siegen-Wittgenstein sorgt nach wie vor für Kontakte zwischen der Kreishandwerkerschaft, Industrie- und Handelskammer und den Partnerkreisen Vogtland-Kreis und Plauen-Stadt.

- Der Kreisverband Schleswig-Flensburg hat wirtschaftliche Kontakte zum Partnerkreis Müritz vermittelt, die zu Investitionen geführt haben.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Düsseldorf berät nach wie vor Firmengründer und Betriebe im Partnerkreisverband Chemnitz.

● Vereinigungen

Die Bundesvereinigungen der CDU und zwar Junge Union, Frauen-Union, Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung sowie die Senioren-Union haben gezielt in den letzten Jahren ihre Bundesdelegiertentreffen und andere überregionale Veranstaltungen in den neuen Bundesländern abgehalten. Die Junge Union und die Senioren-Union sind am aktivsten bei der Durchführung von Ost-West-Begegnungen.

Die **Junge Union** veranstaltet 1997 zum sechsten Mal ein Sommercamp in Odruf/Thüringen für Jugendliche aus ganz Deutschland. Auf diesen Camps werden neben Freizeitaktivitäten politische Themen wie „Freigabe weicher Drogen?“, „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, diskutiert. Das Bundesdelegiertentreffen der Jungen Union – der Deutschlandtag – fand 1996 in Görlitz statt und wird für den 24. bis 26. Oktober 1997 in Magdeburg vorbereitet. Außerdem werden regelmäßig Kreisverbände aus den neuen Ländern als Gäste in der JU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn begrüßt und über die Arbeit des Bundesverbandes informiert.

Auch der **Ring Christlich Demokratischer Studenten** hat 1997 seine 50. Bundesdelegiertenversammlung in einem der neuen Bundesländer – nämlich in Brandenburg – durchgeführt. Im Sommer dieses Jahres wird der RCDS in Schloß Wendgräben bei Magdeburg eine Sommerakademie veranstalten, die Studenten aus Ost und West zusammenbringen soll.

Seit dem Volkskammerwahlkampf 1990 existiert ein dichtes Netz von Ost-West-Partnerschaften der **Senioren-Union** zwischen Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden. Nach Angabe der Senioren-Union bestanden 1996 ca. 80 Ost-West-Partnerschaften zwischen Orts- und Kreisverbänden. Die Senioren-Union Nordrhein-Westfalen hat allein 27 Partnerschaften zu Senioren-Unions-Gruppen in Brandenburg. Die Landesvereinigungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern führen regelmäßig gemeinsame Vorstandssitzungen und 24 Tagungen durch.

Der Bundesvorstand der Senioren-Union plant für 1997 12 größere Veranstaltungen in den neuen Bundesländern. Beratungs- und Diskussionsbedarf bestehen insbesondere zu sozialen Themen, wie Renten, Rentenüberleitungsgesetz, Pflegeversicherung, Entschädigung für SED-Opfer und nachberufliche Tätigkeitsfelder.

Die Senioren-Union hat eine Ausarbeitung zu Senioren-Weiterbildungsmöglichkeiten an den Hochschulen der neuen Bundesländer erstellt. Die Senioren-Union und ihre Landesverbände fördern und beteiligen sich an speziellen Studiengängen bzw. Seniorenkollegs der Universitäten und Fachhochschulen. Verschiedene Kreisvereinigungen der Senioren-Union haben gemeinsame Veranstaltungen mit dem RCDS in Universitätsstädten durchgeführt.

Auch die **Frauen-Union** ist in den neuen Ländern auf den verschiedensten Partei-

ebenen aktiv. Nach dem Mauerfall hat die Frauen-Union der norddeutschen Länder, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin anlässlich der jährlich stattfindenden „Norddeutschen Frauenkonferenz“ die neuen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt in diesen Kreis aufgenommen. Seit sieben Jahren findet hier nun ein regelmäßiger politischer Erfahrungsaustausch statt, der über die Konferenzen hinausreicht.

Sowohl die Frauen-Union Nordrhein-Westfalen als auch einige Stadtverbände des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen veranstalten seit 1990 jedes Jahr eine politische Bildungsreise in die neuen Länder und sprechen vor Ort insbesondere mit Mitgliedern der lokalen Frauen-Union. So wanderte 1996 die Frauen-Union Warendorf auf den Spuren Goethes durch den Thüringer Wald. Die Frauen-Union Gotha wurde zum Gegenbesuch eingeladen. Die Frauen-Union Bad Honnef feierte 1996 den Tag der Deutschen Einheit in Halle. Die Frauen-Union Leverkusen informierte sich 1996 über die politische Situation in Mecklenburg-Vorpommern.

Die **Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)** bietet insbesondere zur Betriebsarbeit gezielt Seminare für Arbeitnehmervertreter in allen neuen Bundesländern an. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stiftungen, Bildungshäusern und Gewerkschaften. Insgesamt wurden bislang über 30.000 Teilnehmer in Wochenkursen und in Wochenendseminaren geschult.

Der **Evangelische Arbeitskreis (EAK)** ist nach wie vor verstärkt auf Bundesebene in den neuen Ländern tätig. Der EAK versucht vor allem Themen aufzugreifen, die die Menschen in Kirche und Politik im Osten und Westen Deutschlands gleichermaßen betreffen. Ein besonderes Beispiel

Das Heft zur Kampagne



In der Ausgabe 2/97 von Frau & Politik (siehe Abbildung) ist die Mitgliederwerbe-Kampagne der Frauen-Union, die wir im letzten UiD (12/1997) vorgestellt haben, noch einmal ausführlich beschrieben.

In dieser Ausgabe finden Sie Informationen zur Dialog-Kampagne, zum Schwerpunktthema „Wir kriegen nichts geschenkt“ sowie aktuelle Entwicklungen und Initiativen im Umweltsektor unter dem Motto „Der Zukunft wegen: anders leben“.

„F & P“ lesen heißt besser informiert sein!

Frauen-Union der CDU
Friedrich-Ebert-Allee
73-75, 53113 Bonn
Telefon: 02 28/5 44-3 14
Fax: 02 28/5 44-5 86

sind die Diskussionsforen über eine christliche Erziehung und den Religionsunterricht.

1996 hat der EAK einen Schülerwettbewerb mit dem Thema „Luthers Beitrag zur Entwicklung des sozialen Staates“ durchgeführt. Der erste Preis war eine Reise zu den Luther-Gedenkstätten in Erfurt und Eisenach.

Für den Oktober 1997 ist in Schwerin ein Diskussionsforum vorgesehen zum Thema „Die Kirche und ihr Geld“.

Selbstverständlich nimmt der Evangelische Arbeitskreis vom 18. bis 22. Juni 1997 am 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Leipzig teil. Der EAK wird wieder beim Markt der Möglichkeiten einen eigenen Stand aufbauen.

Auch die Junge Union, der RCDS, die Frauen-Union und die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft werden beim Kirchentag mit Ständen vertreten sein und hier das gesamtdeutsche Gespräch führen.

Materialien für Ihre Aktionen „Reformen für mehr Arbeitsplätze“

Bestellschein

Bertelsmann-Distribution
Herrn Simon
Postfach 1164
33759 Versanda

Absender/Rechnunganschrift:

.....
CDU-Verband
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
..... /
Tel.-Nr.

*** Fax: 0 54 23/4 15 21 ***

Ja,
ich bestelle:

.....Expl. **Nr. 2249** **Faltblatt DIN A4**
zum Preis von 22,90 DM je 200 Expl.
zzgl. MwSt. und Versand

.....Expl. **Nr. 5250** **Broschüre**
Steuerreform
zum Preis von 37,90 DM je 25 Expl.
zzgl. MwSt. und Versand

.....Expl. **Nr. 5251** **Broschüre** **Rentenreform**
zum Preis von 24,90 DM je 25 Expl. zzgl. MwSt. und Versand

.....
Datum, Unterschrift



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Große Steuerreform

**Weniger
Steuern
mehr
Arbeitsplätze**

Erläuterungen zur großen
Steuerreform 1998/99



WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT **CDU**

Rentenreform

**Sicherheit
im Alter**

Erläuterungen zum Beschluß des
Bundesausschusses der CDU Deutschlands
zur Rentenreform vom 19. März 1997



WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT **CDU**

● Bestell-Nr.: 5250

● Bestell-Nr.: 5251

UiD

13/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands:
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: vva Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.